

**Stadt Bergisch Gladbach  
Die Bürgermeisterin**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>4 – Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	Datum 27.03.2001
	Schriftführer/in Barbara Hieronymi
	Telefon-Nr. <b>02202/14-467</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	<b>Sitzung am 13.03.2001</b>
Sitzungsort Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe (b.i.b.) Hauptstr. 2, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr - 19:25 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18.45 – 18.50
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkt</b>	
<b>Inhalt</b>	
<p><b>A     <u>Öffentlicher Teil</u></b></p> <p>1.</p> <p>2.     <b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 25.0.2001 - öffentlicher Teil -</b> <span style="float: right;"><i>Seite 5</i></span></p> <p>3.     <b>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 25.01.2001</b> <i>141/2001</i><span style="float: right;"><i>Seite 5</i></span></p> <p>4.     <b>Mitteilungen des Vorsitzenden</b> <span style="float: right;"><i>Seite 5</i></span></p> <p>5.     <b>Mitteilungen der Bürgermeisterin</b> <span style="float: right;"><i>Seite 6</i></span></p>	

- |            |  |                 |
|------------|--|-----------------|
| <b>6.</b>  | <b>Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der Stadt- und Kreisbücherei</b><br><i>111/2001</i>                     | <i>Seite 6</i>  |
| <b>7.</b>  | <b>Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der Stadt- und Kreisbücherei</b><br><i>112/2001</i>                     | <i>Seite 6</i>  |
| <b>8.</b>  | <b>Einrichtung einer virtuellen Bibliothek</b><br><i>110/2001</i>  | <i>Seite 7</i>  |
| <b>9.</b>  | <b>Das Leitbild der städtischen Max-Bruch-Musikschule</b><br><i>125/2001</i>                                       | <i>Seite 8</i>  |
| <b>10.</b> | <b>Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2001</b><br><i>136/2001</i>                              | <i>Seite 8</i>  |
| <b>11.</b> | <b>Zwischenbericht über die Sanierung der GGS Moitzfeld</b><br><i>113/2001</i>                                     | <i>Seite 9</i>  |
| <b>12.</b> | <b>Einführung eines Schülertickets mit Selbstbeteiligung</b><br><i>139/2001</i>                                    | <i>Seite 9</i>  |
| <b>13.</b> | <b>Kostenermittlung zur Errichtung einer Verbundschule</b><br><i>124/2001</i>                                      | <i>Seite 10</i> |
| <b>14.</b> | <b>Anmeldesituation an den Grundschulen Stadtmitte</b><br><i>138/2001</i>  | <i>Seite 10</i> |
| <b>15.</b> | <b>Anmeldesituation an den Realschulen in Bergisch Gladbach</b><br><i>140/2001</i>                                 | <i>Seite 10</i> |
| <b>16.</b> | <b>Übersicht über die Gewährung von Beihilfen für die Anschaffung von<br/>Grundsportgeräten</b><br><i>104/2001</i> | <i>Seite 11</i> |
| <b>17.</b> | <b>"Buongiorno Italia!" - Italienische Wochen in Bergisch Gladbach vom 09.-<br/>31.03.2001</b><br><i>120/2001</i>  | <i>Seite 12</i> |
| <b>18.</b> | <b>Sonderförderung Kultur: Città aperta</b><br><i>103/2001 Seite</i>   | <i>Seite 12</i> |

- 19. Anerkennung kulturtragender Vereine:**  
**1. Freunde der Städt. Galerie Villa Zanders e.V.**  
**2. Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe e.V.**  
**3. Frauenchor im Gesangsverein "Harmonie" Bensberg-Kaule 1889 e.V.**  
*29/2001*  
*Seite 12*
- 20. Sonderförderung Kultur: : Antrag des Show- und Musikcorps "Die Schloss-Städter" auf Bezuschussung zur Anschaffung eines Tenorhorns**  
*122/2001*  
*Seite 13*
- 21. Anträge der Fraktionen**  
  
**Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 24.02.2001 zur Kostendämpfung bei der Volkshochschule und differenzierte Kursgebühren**  
*Seite 13*
- 22. Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite 14*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit des Gremiums. Er begrüßt den 1. Beigeordneten Herrn Kotulla, die Mitglieder des Ausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse und dankt Herrn Haase, dem Leiter der Niederlassung Bergisch Gladbach der Bildungszentren für Informationsverarbeitende Berufe e.V. (b.i.b.) für die freundliche Einladung des Ausschusses in das Bildungszentrum.

Anschließend wird Frau Ricarda Appel als stellvertretende sachkundige Bürgerin mit beratender Stimme für die Evangelische Kirche eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Er meldet Herrn Köntje, Herrn Neu, Herrn Montua und Herrn Schneider als entschuldigt, die durch Frau Wagner, Herrn Schneeloch, Herrn Sonnenberg und Frau Appel vertreten werden.

#### 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 25.01.2001 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird **einstimmig** bei 2 Enthaltungen genehmigt.

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 25.01.2001

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### 4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Dr. Miede weist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung für den Jugendhilfeausschuss zum Thema Rechtsradikalismus hin, in der die vielen Veranstaltungen aufgeführt seien, die die verschiedensten Veranstalter durchführen. Außerdem könne das neueste Heft des Instituts für Kulturpolitik hin bei ihm eingesehen werden.

## 5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Herr Kotulla berichtet, dass die Stadt am Förderprogramm des Landes „Deutschkurse für ausländische Kinder“ teilnehme: für vier Gruppen lägen inzwischen Bewilligungsbescheide vor, die an 4 verschiedenen, noch endgültig festzulegenden, Grundschulstandorten durchgeführt werden.

Dieser Deutschunterricht bereite ausländische Kinder, die Schulanfänger seien und noch erhebliche Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben, auf den Unterricht vor und verbessere damit deutlich ihre schulischen Erfolgschancen.

## 6 Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der Stadt- und Kreisbücherei

Frau Dr. Weil lobt die sehr informativen Jahres- und Lageberichte 1998 und 1999 und den Umstand, dass das Defizit kleiner geworden sei. Sie fordert Frau Lenz-Reichwein auf, das Budget strikt einzuhalten.

Frau Lenz-Reichwein entgegnet, dass das Budget kaum mehr überschritten worden sei, sondern das Defizit durch die unvermeidlich hohe Abschreibungsquote bei den Büchern entstehe.

Herr Dehler bittet darum, die Hinweise auf Korrekturen der Prüfbehörde in den kommenden Jahren zu befolgen.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Der Rat möge beschließen:

*Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht 1998 der Stadt- und Kreisbücherei fest.*

*Der Jahresverlust in Höhe von 518.711,52 DM ist wie folgt zu behandeln:*

- *die Abschreibungen in Höhe von 547.057,22 sollen aus der allgemeinen Rücklage abgedeckt werden*
- *der erwirtschaftete Betriebskostenzuschuss in Höhe von 28.345,70 DM soll zur Tilgung des Verlustvortrages verwandt werden*

## 7 Feststellung des Jahresabschlusses 1999 der Stadt- und Kreisbücherei

Da die Tonbandaufnahme bei diesem Tagesordnungspunkt versagt hat, kann dieser TOP nur anhand der schriftlichen Notizen wiedergegeben werden.

Frau Böhrs schlägt vor, den Betriebskostenzuschuss in den kommenden Jahren zu erhöhen, da die Fehlbeträge nicht mehr durch Abschreibungen aufgefangen werden könnten. Sie erkundigt sich, welche Dienstleistungsangebote der Stadtbücherei unwirtschaftlich seien und ggf. aufgegeben werden sollen; ob dies die Zweigstellen Paffrath und Bensberg und die Bildstelle seien.

Frau Lenz-Reichwein erläutert, dass der Etat bei weitem nicht ausreiche, um alle Standorte und Angebote ausreichend mit Medien zu versorgen; deswegen müsse sie ein neues Konzept erstellen, das die Trennung von Mediengruppen beihalte, was

einen Qualitätsverlust der städtischen Büchereiarbeit bedeuten werde.

Herr Zanders bemängelt, dass fiktive Abschreibungen vor sich hergeschoben werden.

Herr Kleine bittet um einen einheitlichen Aufbau der Jahres- und Lageberichte. Dies kann ihm Frau Lenz-Reichwein zusichern, da es in Zukunft nicht mehr wie bisher unterschiedliche Berichtersteller bei den kulturellen Einrichtungen gebe, sondern alle von der gleichen Hand erstellt werden.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

*Der Rat möge beschließen:*

*Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht 1999 der Stadt- und Kreisbücherei fest.*

*Der Jahresverlust in Höhe von 349.527,73 DM ist wie folgt zu behandeln:*

- *die Abschreibungen in Höhe von 540.784,35 DM sollen aus der allgemeinen Rücklage abgedeckt werden (- 140.000,00 DM Sonderzuschuss)*
- *der erwirtschaftete Betriebskostenzuschuss in Höhe von 51.256,62 DM soll zur Tilgung des Verlustvortrages verwandt werden.*

## **8 Einrichtung einer virtuellen Bibliothek**

Frau Lenz-Reichwein legt dar, dass sich die Einführung der neuen Bibliothekssoftware, der behindertengerechte Umbau des Eingangsbereiches und der Einbau einer behindertengerechten sanitären Anlage verzögern werde: der Eingangsbereich werde im April, die Behindertentoilette im Sommer umgestaltet bzw. eingerichtet. Mitte des Jahres hoffe man, die Bestände der Stadtbücherei in das neue EDV-System einspeisen und mit einer eigenen WEB - Seite, einem virtuellen Rundgang durch die Bücherei und – als letzten Schritt – mit online - Reservierungen und -Verlängerungen im Internet dienen zu können. Diese Maßnahmen sollen die Stadtbücherei behindertengerechter machen.

Nach Ansicht von Herrn Kleine ist eine „Virtuelle Bibliothek“ kein Ersatz für einen Aufzug, da die Zielgruppe der älteren, behinderten Menschen, die sich an den Umgang mit einem Computer nicht mehr anfreunden könnten, kaum erreicht werde. Die SPD fordere daher den Einbau eines Aufzugs und die Einrichtung einer Virtuellen Bibliothek. Er bemängelt, dass die Vorlage bezüglich der Kosten der Virtuellen Bibliothek nicht aussagekräftig genug sei und bittet die Stadtbücherei, eine Kostenkalkulation (Software, Hardware, Datenpflege, Personalkosten usw.) zu erstellen und mit den Kosten für den Einbau und die Instandhaltung eines Aufzuges zu vergleichen.

Herr Nagelschmidt geht davon aus, dass der zeitliche Arbeitsaufwand für die Datenpflege der einmal eingerichteten Virtuellen Bibliothek gering sein wird und im Übrigen Fachleute der VHS zu Rate gezogen werden könnten. Herr Sonnenberg wünscht sich als Serviceleistung eine baldige online - Nutzung für die Leserschaft. Sowohl Herr Dehler als auch Frau Koshofer begrüßen die Einführung einer Virtuellen Bibliothek, die viele Chancen biete, auch zur Selbstdarstellung der Stadtbücherei, während Herr Dr. Miede mahnt, die Zielgruppen (Ältere Menschen, Behinderte und

Mütter mit Kinderwagen) nicht aus dem Auge zu verlieren, die eigentlich einen Aufzug benötigen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## 9 **Das Leitbild der städtischen Max-Bruch-Musikschule**

Frau Himmelheber begründet, warum die Max-Bruch-Musikschule neben einer Satzung ein Leitbild formuliert habe: Leitbilder seien eine verdichtete Form von selbstgesetzten Zielen. Aus Fehlern könne man nur dann lernen, wenn man das Erreichte mit diesen Zielen vergleiche. Diese Fehlerkultur, verbunden mit selbstlernenden Regelkreisen, sei Teil des Qualitätssicherungsprozesses, dem sich die Musikschule verpflichtet habe.

Herr Dehler lobt die in der Vorlage genannten erzieherischen Ziele und persönlichkeitsbildenden Aspekte; seine Fraktion stimme dem Leitbild zu.

Auf die Frage von Frau Ziskoven, was in der Vorlage unter „zeitgemäßer Pädagogik“ (S. 12, 3. Absatz) verstanden werde, erklärt Frau Himmelheber, dass die Kolleginnen und Kollegen der Musikschule sich in fachbereichsübergreifenden Lehrerfortbildungen mit neuen pädagogischen Strömungen, wie z.B. der Frage des Einzel- und Gruppenunterrichts auseinandersetzen.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Der Rat möge beschließen:

*Das Leitbild für die städtische Max-Bruch-Musikschule findet in der vorgelegten Form die Zustimmung des Werksausschusses und wird so beschlossen.*

## 10 **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2001**

Der Antrag von Frau Koshofer, diesen TOP gemeinsam mit dem Antrag der FDP-Fraktion zur Kostendämpfung bei der Volkshochschule (TOP A 21) zu behandeln, wird vom Vorsitzenden abgelehnt, da die Inhalte zu verschieden seien.

Frau Dr. Weil stimmt für die CDU-Fraktion den vorgeschlagenen Entgelten zu, bittet aber zu prüfen, wie die Wirtschaftlichkeit der VHS durch Entgelte zukünftig noch gesteigert werden kann.

Auch Herr Kleine akzeptiert für die SPD-Fraktion die Vorlage, da keine Erhöhungen der Entgelte vorgesehen seien. Allerdings vermisst er eine Gebührenbedarfsberechnung, aus der zu ersehen ist, ob die Entgelte jeweils angemessen sind. Er bietet seine Hilfe zur Erstellung einer solchen Berechnung an. Im Übrigen möchte er wissen, für welche Kurse Löwenpassinhaber Ermäßigungen erhalten.

Frau Koshofer erkundigt sich, ob Ermäßigungen kumuliert und ab welchem Alter Kurse belegt werden können.

Für das Gros der Veranstaltungen erhielten Löwenpassinhaber Ermäßigungen,

erläutert Herr Hirner, nur solche Veranstaltungen seien ausgenommen, bei denen bestimmte Einnahmen erzielt werden müssten, um anderweitige Zuschüsse zu erhalten, oder die Entgelte von vornherein auf diese Zielgruppe berechnet worden seien. Ausgenommen seien auch die Studienreisen, bei denen die VHS nur als Mitveranstalter auftrete. Er macht noch einmal darauf aufmerksam, dass die VHS keine Gebühren wie öffentlich-rechtliche Institutionen, sondern als eigenbetriebsähnliche Einrichtung Entgelte erhebe. Eine Kumulierung von Vergünstigungen sei nicht möglich. Kursteilnehmer könne man in der Regel ab dem 17. Lebensjahr (nach dem Abschluss der Klasse 10 = Abschluss der 1. Bildungsphase) werden.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** mit einer Enthaltung angenommen:

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Herbstsemester 2001 zu beschließen.*

#### **11 Zwischenbericht über die Sanierung der GGS Moitzfeld**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **12 Einführung eines Schülertickets mit Selbstbeteiligung**

Frau Koshofer erkundigt sich, ob die Summe von 45.000,00 DM ein Darlehen sei und Frau Scheerer möchte wissen, an welcher Stelle diese Summe im Haushalt eingespart werden müsse und ob Sozialhilfeempfänger und Löwenpassinhaber das Schülerticket kostenlos erhielten.

Ob der Anschiebezuschuss von 45.000,00 im günstigen Fall ein Darlehen sei, hinge davon ab, wie gut das Schülerticket angenommen werde; bisher gebe es keine Verpflichtung für die Eltern, es abzunehmen, erläutert Herr Pütz.

Sozialhilfeempfänger seien freifahrtberechtigt; für Löwenpassinhaber sei dies noch nicht geklärt. Es werde versucht, diesen Zuschuss bei dem Faktor Schülerbeförderungskosten einzusparen. Gegebenenfalls, ergänzt Herr Kotulla, müssten überplanmäßig Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Sowohl Herr Sonnenberg als auch Herr Dehler halten es für wichtig, den Einsatz eines Schülertickets einheitlich zu regeln, um Nachteile für einzelne Schulen, die sich auf die Anmeldezahlen auswirken könnten, zu vermeiden. Herr Sonnenberg regt an, dass das Schülerticket ähnlich wie das Jobticket Vergünstigungen für die Familie am Wochenende enthalten solle.

Herr Pütz erläutert: das Schülerticket sei ein Tarifangebot des VRS, die Abwicklung erfolge durch die Stadtverkehrsgesellschaft, die auch darum werbe, dass das Schülerticket an allen Schulen eingeführt werde. Bei erfolgreicher Abnahme des Schülertickets könne man über eine Erweiterung des Angebots bei günstiger Preisgestaltung mit dem VRS weiter verhandeln.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

#### **13 Kostenermittlung zur Errichtung einer Verbundschule**

Herr Kotulla berichtet, dass die Stadt in enger Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung zurzeit die Kosten für die Errichtung einer Verbundschule ermittle und das Ergebnis detailliert in der Sitzung dieses Ausschusses am 12.06.2001 vorgestellt werde.

Frau Ziskoven möchte wissen, wie sich die Bezirksregierung zur Beschulung der Kinder in der Schule für Sprachbehinderte in Paffrath äußert und ob die Gemeinde Kürten sich an den Kosten der Verbundschule beteiligen werde.

Herr Pütz berichtet, dass die Sprachheilschule in Paffrath, die sich in der Trägerschaft des Kreises befindet, auch als eigenständige Schule gesichert sei. Als Dependance einer möglichen Verbundschule erlaube die Bezirksregierung die Fortführung für einen Zeitraum von 2 Jahren. Dann sei durch bauliche Maßnahmen am Standort der Wilhelm-Wagener-Schule die Unterbringung sicherzustellen. Die Gemeinde Kürten habe bisher noch keine Kostenbeteiligung zugesagt. Die Gemeinde Odenthal beteilige sich schon heute an den Kosten der Sonderschule

Herr Dehler hält eine baldige Entscheidung für wichtig, da sowohl die Schule für erziehungsschwierige als auch die für sprachbehinderte Kinder zur Zeit keine Leitung mehr haben.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **14 Anmeldesituation an den Grundschulen Stadtmitte**

Herr Kotulla bestätigt, dass in einem allmählichen Übergang, der vor allem die Frage der Geschwisterkinder berücksichtige, die Herrenstrunder Kinder zukünftig in die Grundschulen Stadtmitte aufgenommen werden sollen. Diese verfügten über ein ausreichendes Platzangebot, so dass die Stadtverwaltung deswegen auch keine Notwendigkeit sehe, sich an einem Erweiterungsbau der Grundschule Eikamp zu beteiligen; jede Kommune solle seine Kinder vor Ort beschulen.

Herr Sonnenberg befürwortet ebenso wie Herr Dehler die Beschulung der Herrenstrunder Kinder in den Grundschulen Stadtmitte, die jedoch möglichst im Einvernehmen mit den Beteiligten geschehen soll, da es eine lang gewachsene enge Verbundenheit zwischen Herrenstrunder und Eikamper Bürgerschaft gebe.

Herr Dr. Mieke macht auf die Allgemeine Schulordnung, § 5 aufmerksam, die dem jeweiligen Schulleiter das Recht auf Entscheidung zuspreche.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **15 Anmeldesituation an den Realschulen in Bergisch Gladbach**

Herr Pütz stellt die diesjährige Anmeldesituation wie folgt dar:

Nur die Anmeldesituation an der Realschule Im Kleefeld und an der Marie-Curie-Realschule am Ahornweg sei problematisch. Nehme man nur die Anmeldungen der Bergisch Gladbacher Schülerschaft, sortiert nach ihrer Zugehörigkeit zu den Stadtteilen, seien die Anmeldungen zwischen den beiden Realschulen mit jeweils ca. 74 ausgeglichen; die Schülerinnen und Schüler aus Rommerscheid und Stadtmitte

könnten problemlos in der RS Im Kleefeld untergebracht werden. Erst durch die Anmeldungen aus der Gemeinde Odenthal, die eine komplette Klasse stelle, entstehe die Situation, dass die Kinder aus Rommerscheid und Stadtmitte nicht mehr in die RS Im Kleefeld aufgenommen werden können, die Schuleinzugsbereiche also für diese Gruppe ungünstig festgelegt werden müssten. Die Stadt Bergisch Gladbach sei durch gesetzliche Vorgaben verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler aus Odenthal aufzunehmen. Das Gesetz bestimme: ist eine Gemeinde nicht in der Lage, eine bestimmte Schulform anzubieten, muss die Nachbargemeinde diese Kinder aufnehmen, soweit es in ihren Möglichkeiten steht. Die Bezirksregierung Köln habe daher vorgeschrieben, Odenthaler Kinder und die Kinder aus Rommerscheid und BGL-Stadtmitte gleich zu behandeln.

Auf die Frage von Frau Ziskoven, wie die Bezirksregierung zur Begrenzung der Schülerzahlen einer Klasse auf 26 – 30 Schülern stehe, verweist Herr Dr. Miede auf Ausführungsbestimmungen zu § 5 des Schulfinanzgesetzes, in dem die Richtgröße mit 28, die Obergrenze mit 30, die Untergrenze mit 26 Schülern angegeben werde; diese Bandbreite könne um bis zu 5 SchülerInnen durch Anweisung der Bezirksregierung über- und unterschritten werden. Von dieser Anweisung habe die Rechtsabteilung der Bezirksregierung auf Grund von Elternprotesten auch regelmäßig Gebrauch gemacht und Klassenfrequenzen von 35 Schülern zugelassen.

Diese Klassenfrequenz ermögliche in diesem Jahr die Aufnahme aller angemeldeten SchülerInnen, ohne eine vierte Eingangsklasse bilden und ohne ein Auslosungsverfahren durchführen zu müssen, führt Herr Pütz weiter aus. Er habe aber einen Brief an alle Odenthaler Eltern geschickt mit der Bitte, ihre Kinder an eine andere Schule anzumelden – mit Hinweis auf die vollen Klassen in der Realschule Im Kleefeld. Eine Umfrage unter den Odenthaler Eltern habe ergeben, dass man weniger die etwas weitere Busfahrt zur Marie-Curie-Realschule fürchte, sondern mehr das Umsteigen auf dem Bergisch Gladbacher Busbahnhof.

Herr Sonnenberg regt an, die Attraktivität der Marie-Curie-Realschule durch eine grundlegende Renovierung zu steigern und die Schuleinzugsbereiche neu zu definieren. Herr Pütz informiert, dass das mit 16 Millionen DM veranschlagte Sanierungskonzept für die Marie-Curie-Realschule das teuerste geschlossene Konzept für die Renovierung einer Schule in Bergisch Gladbach sei und schon seit Jahren abschnittsweise durchgeführt werde.

Herr Dehler beantragt, in der kommenden Sitzung die Frage der Einzugsbereiche erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die gesetzlichen Vorgaben sollen kritisch daraufhin geprüft werden, ob der Gemeinde Odenthal mitgeteilt werden kann, dass die Stadt Bergisch Gladbach nicht mehr so viele SchülerInnen aus Odenthal aufnehmen könne.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

16 **Übersicht über die Gewährung von Beihilfen für die Anschaffung von Grundsportgeräten**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

17 **"Buongiorno Italia!" - Italienische Wochen in Bergisch Gladbach vom 09.-31.03.2001**

Herr Dr. Miede hält das Programm und die Öffentlichkeitsarbeit für die Italienischen Wochen für gelungen; das Programmheft sei sehr ansprechend und die Einhaltung des finanziellen Rahmens erfreulich.

Der Bericht wird lobend zur Kenntnis genommen.

**18 Sonderförderung Kultur: „Città aperta“**

Frau Dr. Weil möchte den Sperrvermerk über 3.100,00 DM nicht aufheben, um für das nächste Haushaltsjahr noch Reserven zu haben. Herr Kotulla macht darauf aufmerksam, dass die Nichtaufhebung der Sperre die frei verfügbaren Mittel schmälere, da die Spende zweckgebunden sei. Das Projekt „Città aperta“ erfülle aber diese Voraussetzungen.

Frau Hieronymi erläutert, dass aus haushaltsrechtlichen Gründen diese Spende nicht mehr ins kommende Jahr übertragen werden könne, da von dieser Möglichkeit bereits zweimal Gebrauch gemacht worden sei.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

*Unter Aufhebung des haushaltsrechtlichen Sperrvermerk erhält der AdK für das Projekt „Città aperta“ aus der Haushaltsstelle 1.300.717.24 Sonderförderung Kultur 9.000,00 DM.*

**19 Anerkennung kulturtragender Vereine:**

**1.Freunde der Städt. Galerie Villa Zanders e.V.**

**2. Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe e.V.**

**3. Frauenchor im Gesangsverein "Harmonie" Bensberg-Kaule 1889 e.V.**

Herr Dr. Miede klärt zunächst die Frage, ob getrennt über die Anerkennung jedes aufgeführten Vereines oder über das Gesamtpaket abgestimmt werden soll. Der Ausschuss entscheidet sich für die Abstimmung des Gesamtpaketes.

Herr Kleine fordert trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel endlich Richtlinien zur Kulturförderung, die ein einheitliches Vergabeverfahren mit der nötigen Rechtssicherheit für Verwaltung und Antragssteller und damit die Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen ermöglichen. Viele Anträge sollten ein Geschäft der laufenden Verwaltung sein, ohne dass jedes Mal im Ausschuss entschieden werden müsse. Im Ausschuss drohe häufig die Klientelförderung, die Verwaltung dagegen sei zur Neutralität verpflichtet.

Dem stimmt auch Frau Böhrs zu; sie hält das „Gießkannenprinzip“ nicht geeignet für eine effektive Kulturförderung.

Frau Dr. Weil stimmt für ihre Fraktion vehement gegen neue Richtlinien und erinnert an schon früher vorgetragene Argumente.

Es kommt zu einer kurzen kontroversen Diskussion; die CDU-Fraktion beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, da sie Klärungsbedarf habe.

Die Sitzung wird von 18.45 – 18.50 unterbrochen.

Anschließend erklärt Herr Cüpper, dass sich an der Meinung der CDU-Fraktion nichts geändert habe und es daher keine Mehrheit für Kulturrichtlinien geben werde. Für Herrn Kleine ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar.

Herr Dr. Mieke macht darauf aufmerksam, dass er als Vorsitzender die Frage nach Kulturförderung und Rahmenrichtlinien als Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung dieses Ausschusses setzen könne und dies überdenken werde. Dann erinnert er daran, dass ein Beschlussvorschlag der Verwaltung vorliege, über den abgestimmt werden müsse.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erkennt – vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung – folgende Vereine als kulturtragende Vereine an:*

- 1. Freunde der Städt. Galerie Villa Zanders e.V.*
- 2. Förderverein des Bergischen Museums für Bergbau, Handwerk und Gewerbe e.V.*
- 3. Frauenchor im Gesangsverein "Harmonie" Bensberg-Kaule 1889 e.V.*

## **20 Sonderförderung Kultur: : Antrag des Show- und Musikcorps "Die Schloss-Städter" auf Bezuschussung zur Anschaffung eines Tenorhorns**

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Das Show- und Musikcorps „Die Schloss-Städter“ erhält zur Anschaffung eines Tenorhorns einen Zuschuss von DM 500,00 unter der Voraussetzung, dass die Restfinanzierung gesichert ist.

## **21 Anträge der Fraktionen**

Herr Dr. Mieke hält den Antrag nicht für abstimmungsfähig, da die im Antrag geforderten Kriterien für die Einordnung der Kurse in die aufgeführten drei Kursarten noch nicht definiert seien und schlägt die Vertagung der Beratung vor.

Herr Sonnenberg möchte bei der Festlegung der Entgelte auch soziale Faktoren mit einbeziehen.

Herr Kotulla regt an, die Vorschläge in der Entgeltordnung für das Frühjahrsemester 2001, die auch die Umstellung auf den EURO vollziehe, zu berücksichtigen.

Frau Koshofer ist mit einer Vertagung einverstanden und zieht den FDP-Antrag zurück.

## **22 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Dehler fragt, ob sich die Stadt an dem Wettbewerb „Die sportgerechte Stadt“ am 30.04. und 31.08.2001 beteiligen werde. Dies sei, so Herr Kotulla, zurzeit aus personellen Gründen nicht zu schaffen.

Herr Heutz macht auf die unhygienischen Trockenurinale und die Feuchtigkeit im Keller der Gemeinschaftsgrundschule Frankenforst aufmerksam; beides sei seit Mitte der neunziger Jahre bekannt – wann hier Abhilfe geschafft werde? Herr Kotulla sichert die schriftliche Beantwortung zu.

Frau Koshofer erkundigt sich, ob Schul- und Klassenräume durch externe Gruppierungen angemietet und dadurch Einnahmen erzielt werden. Herr Pütz erläutert, dass Schulräume häufiger und grundsätzlich kostendeckend vermietet werden; allerdings zahlten gewerbliche Nutzer höhere Entgelte als gemeinnützige.

Herr Cüpper reklamiert den stinkenden Bodenbelag der Turnhalle in Sand, der bei gesellschaftlichen Veranstaltungen wie z.B. bei Karnevalsfeiern zum Schutz des Holzbodens ausgelegt werde, der Belag müsse dringend erneuert werden. Herr Kotulla ist das Problem bekannt: dies sei ein hoher Kostenfaktor; doch wolle er versuchen, die Finanzierung im Jahr 2002 sicherzustellen.

Frau Scheerer bittet um eine Rückmeldung der Verwaltung, wie die Ausstattung der Schulen mit „Neuen Medien“ mit Hilfe der Fördermittel des Landes im vergangenen Jahr funktioniert habe. In diesem Jahr solle es erneut Mittel des Landes für die Anschaffung von Hard- und Software, Wartung und Lehrerfortbildung geben: sie schlage vor, die Schulen darüber rechtzeitig zu informieren, damit diese ihren Bedarf anmelden können. Auch müsse ein vernünftiges Konzept über den Einsatz dieser Medien im Unterricht erstellt werden.

Ein solches Konzept, erläutert Herr Pütz, das auch die pädagogischen Überlegungen mit einbeziehe, gebe es bereits für die Grundschulen; für die weiterführenden Schulen werde es vom neugegründeten „E-Team Rhein-Berg/Oberberg“ entwickelt. Diese Fachleute berücksichtigten auch die Wünsche und Vorstellungen und den bisherigen Hardware-Bestand der Schulen. Das fertige Konzept werde diesem Ausschuss vorgestellt.

Herr Kleine fragt nach, inwieweit die Stadt versuche, sich bei der Vergabe von Sportstätten für die Olympiade 2012 für eine Sportart zu bewerben. Herr Sonnenberg empfiehlt das Grand Hotel Schloss Bensberg als geeignetes Domizil für den IOC: Herr Kotulla sichert die schriftliche Beantwortung zu.

Frau Ziskoven möchte wissen, welche kulturellen Angebote es in städtischer Trägerschaft gebe bzw. ob ein entsprechendes Konzept existiere. Herr Kotulla sichert die schriftliche Beantwortung zu.

---

Dr. Wolfgang Mieke  
(Vorsitzender)

---

Michael Kotulla  
(1. Beigeordneter)

---

Barbara Hieronymi  
(Schriftführerin)

## **Teilnehmerliste**

### **Anwesend sind**

#### Stellvertretende(r) Vorsitzende(r)

---

N.N.

#### Mitglied -CDU-

---

Herr Cüpper  
Herr Dehler  
Herr Heutz  
Frau Holtzmann  
Herr Köntje  
Herr Nagelschmidt  
Herr Willnecker

#### Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -CDU-

---

Herr Neu  
Frau Dr. Weil  
Herr Zanders

#### Mitglied -SPD-

---

Kleine  
Herr Dr. Miede  
Herr Neu

#### Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -SPD-

---

Frau Ziskoven

#### Mitglied -F.D.P.-

---

Frau Koshofer

#### Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

---

Frau Böhrs  
Frau Scheerer

#### Mitglied -KID-

---

Herr Montua

#### Beratendes Mitglied

---

Herr Farber  
Herr Dr. Hammer

